

Grüne Vogelgrippe-Politik wird farblos

Erkenntnisse eines nachfragenden Bürgers bei den Grünen

Zugegeben: Die Politik des grünen niedersächsischen Landwirtschaftsministers Christian Meyer kann sich sehen lassen. Als einziger Landwirtschaftsminister der deutschen Bundesländer stand er nicht Gewehr bei Fuß, wenn das Friedrich-Löffler-Institut seine fragwürdigen Erkenntnisse der Politik und Öffentlichkeit offenbarte. Er fand die nötige Distanz, um zu sagen, die Wildvögel sind nicht die Ursache der Vogelgrippeproblematik, sondern die ungenügenden Biosicherheitsmaßnahmen der Geflügelwirtschaft müssen verstärkt in den Fokus gerückt werden.

Das war es dann aber auch schon mit Farbe bekennender Politik. Vor allem der Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein vermittelte den Eindruck, als ob das Keulen und Aufstallen, das seit über einem Jahrzehnt in der Vogelgrippebekämpfung versagt hat, der Weisheit letzter Schluss wäre. Dank solcher verfehlten Vogelgrippebekämpfungsmaßnahmen konnte sich das Vogelgrippevirus in Deutschland und Europa etablieren, nicht nur im Winter, sondern auch zur Sommerzeit – ähnlich wie in Asien.

Und dann machte die Landwirtschaftsministerin bzw. ihr Ministerium in Rheinland-Pfalz Negativschlagzeilen. In der Geflügelzuchtanlage von Wörth, in der LPAI festgestellt wurde, sollte gekeult werden. Dank der Arbeitsgemeinschaft Vogelfrei Cimbria und ihrer anwaltschaftlichen Vertretung in anschließender Kombination mit dem zuständigen Landrat konnte die Keulungsrichtlinie aus Rheinland-Pfalz gestoppt werden. Es wurde statt dessen eine arbeitsintensive Quarantäne erwirkt und durchgeführt, die letztlich zum Erfolg führte, denn alle infizierten Tiere sind inzwischen ohne jeglichen Todesfall genesen und nicht nur wohlauf, sondern topfit.

Der Fall Wörth zeigt nachhaltig, dass Keulung bei LPAI unnötig ist, denn Quarantäne führt ebenso zum Erfolg. Mehr noch, der Fall Wörth entlarvt das Keulen als sinnlose Tötungsaktion und offenbart damit entsprechende Aktionen als politisch motiviert und obendrein als krassen Tierschutzverstoß.

Doch bis der Fall Wörth einen erfolgreichen Abschluss finden konnte, war ein langer Kampf notwendig, bei dem sich die verantwortliche grüne Politik nicht nur als Hemmschuh erwies, sondern auch aufzeigte, dass sie nicht die Kompetenzen an den Tag legt, die man erwartet hätte, nachdem sie sich für Tierschutz in der Vergangenheit nachhaltig ausgesprochen hatte. Ihr Handeln zeugte vom Gegenteil.

Auf diverse kritische Fragen von mir zur Vogelgrippe an einen grünen Vertreter des Agrarausschusses im Bund kam von einer Mitarbeiterin keine entsprechende Antwort, aber immerhin der Hinweis bezüglich eines Gespräches der Grünen mit dem FLI mit folgendem Wortlaut: " Unserer Ansicht nach bestehen immense Kenntnislücken über die Infektionswege des Virus. Diese Informationen sind jedoch zwingend erforderlich, um die richtigen und wirksamen Maßnahmen zu definieren."

Auf die wiederholte Bitte der Beantwortung der gestellten Fragen kam ein Telefonat von der Mitarbeiterin. Meine langjährige Berufserfahrung als Journalist signalisierte mir, dass man entweder die Fragen nicht beantworten will oder kann – ansonsten gibt es keine Telefonate. Nach langem Hin und Her war die Mitarbeiterin bereit, die Fragen an die Bundestagsfraktion weiterzuleiten mit dem Hinweis, dass sie nicht wisse, wann eine Beantwortung erfolgt. Ich bedankte mich im Wissen, dass meine Fragen wohl in die runde Ablage wandern und so wird es auch geschehen sein, denn sie sind seit Februar 2017 ohne Resonanz in Bearbeitung.

Nach dem unwürdigen Trauerspiel von Rheinland-Pfalz im geschilderten Fall Wörth, stellte ich ebenfalls kritischen Fragen an die grüne Fraktion im Landtag. Der zuständige Mitarbeiter war wie